



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

1/2

Januar/Februar 2017 / 51. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL



Deutsche Polizeigewerkschaft

G20



SNE



Deutschland 2016/2017

DPoIG im Einsatz vor Ort

Seite 12 <

Bürgerdialog der Europa-Union Deutschland

DPoIG für mehr Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden

Seite 18 <

Fachteil:

- Dashcams – Datenschutz und Vollzug
- Wann schläft ein Richter?
- Atemalkohol im Ordnungswidrigkeitenrecht





Gespräch mit Innenstaatssekretär Christian Seel

Am 11. Januar 2017 trafen sich Vertreter des DPoIG-Landesvorstandes zum regelmäßigen Dialog mit dem Innenstaatssekretär. Bei dieser Gelegenheit wurden viele gewerkschaftliche Themen, die vor allem zurzeit drängen, besprochen.

Zu Beginn des Gesprächs wurde über das aktuelle Sicherheitspaket und seine Folgen reflektiert. An dieser Stelle betonte der Landesvorsitzende Sascha Alles, dass die DPoIG einen **Stopp des Personalabbaus** in der Polizei fordert, da die allgemeine Sicherheitslage und die äußerst angespannte Personalsituation bei den Vollzugsbeamten der Polizei vor allem in der Fläche kaum einen anderen Schluss zulassen. Gerade die hohen Erwartungen an die Sicherheitsbehörden nach den Anschlägen in Deutschland erforderten mehr Maßnahmen (zum Beispiel mehr Kontrollen/ Videoüberwachung) und somit auch mehr Personal.

In dieser Frage waren sich die Gesprächsteilnehmer erwartungsgemäß nicht einig und Herr Seel betonte die Notwendigkeit der Einhaltung der Schuldenbremse mit dem vereinbarten Abbaupfad.

In diesem Punkt bleiben wir als Gewerkschaft klar auf Konfrontation, da nach unserer

Ansicht Quantität und Qualität deutlich voneinander abhängen und es immer schwieriger wird, den Sicherheitswünschen/-bedürfnissen sowohl der Politik als auch der Bürger/-innen mit stetig weniger Personal gerecht zu werden.

Eine brennende Frage stellte sich zum **Beförderungsetat**. Wir wollten wissen, wie dieser für die Jahre 2017 bis 2019 geplant ist. Hierzu hat Herr Seel eingeräumt, dass man für das Jahr 2017 den vorgesehenen Haushaltsansatz von circa 500 000 Euro grundsätzlich beibehalten möchte. Für die kommenden Jahre könne aber erst nach der Landtagswahl im Rahmen der Haushaltsgespräche entschieden werden.

Aus unserer Sicht, wäre die Möglichkeit einer Erhöhung des Beförderungsbudgets mit Blick auf die bisweilen in den Sicherheitspaketen verausgabten 17,5 Millionen Euro sicher eine eher einfache Maßnahme, um auch direkt dem Personal eine Wertschätzung zuteilwerden zu lassen. Der Innenstaatssekretär betont, dass diese Idee grundsätzlich interessant ist und man dies mit Blick auf ein Sicherheitspaket Nummer 6 prüfen werde.

Unseren Vorschlag, zumindest in diesem Jahr sich für einen Überzugserlass einzusetzen, um den Überhang an „Doppelzweiern“ zu kompensieren, werde man ebenfalls prüfen.

Zum **Polizeilichen Ordnungsdienst (POD)** wurde ebenso bei-



> Zeemann, STS Seel, Alles, Emde, Sehn

derseitig festgehalten, dass es dringend geboten ist, die notwendige Entfristung anzustoßen. Der Staatssekretär machte hier deutlich, dass er ein großer Befürworter des Assistenzsystems ist und sich auch einen Ausbau vorstellen könne.

Wir halten den POD ebenso für sinnvoll als Ergänzung und zur Entlastung der Polizei. Hierzu muss jedoch nach unserer Ansicht die Aufgabenzuweisung deutlich ausgeweitet werden. Themen wie Schwertransportbegleitung oder Sicherungsmaßnahmen müssen hier geprüft und ergänzt werden. Dies hat auch die Konsequenz, dass über eine höhere Eingruppierung nachgedacht werden muss!

Zum Thema **Bereitschaftspolizei** machte der Landesvorsitzende Sascha Alles deutliche Ausführungen, was sowohl die sanierungsbedürftige Liegenschaft als auch die Stimmung der Mitarbeiter/-innen angeht.

Die Gebäudesubstanz, die über 100 (!) Jahre alt, ist entspricht in keinsten Weise den heutigen Standards. Das gesamte Gebäude ist nicht wärmegeklämt und ist aus unserer Sicht auch den brandschutztechnischen Anforderungen nicht gewachsen. Hinzu

kommt die leidliche Situation mit den sanitären Einrichtungen, die mehr schlecht als recht funktionieren, sowie der nicht ausreichende Raum für die gut 130 Mitarbeiter/-innen. Der Gipfel ist nach unserer Ansicht die Situation mit den nicht mehr TÜV-geprüften Rolltoren, die nun für eine Summe von 600 000 Euro von einer Spezialfirma ausgetauscht werden sollen.

Hier sehen wir deutlich Handlungsbedarf! Auf eine Lösung angesprochen, haben wir uns klar für eine neue Liegenschaft ausgesprochen, da es für utopisch gehalten werden muss, dass man die aktuellen Mängel und Probleme wirtschaftlich lösen kann.

Auch hier zeigte sich der Staatssekretär aufgeschlossen. Er wird nach unserem Gespräch die Liegenschaft selbst noch in Augenschein nehmen, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Danach werde geprüft und entschieden, ob eine Sanierung oder gar eine Verlegung der Bereitschaftspolizei in eine neue Liegenschaft sinnvoller erscheint.

Wir haben hier mehrere Optionen vorgeschlagen, um im Sinne der Kollegen/-innen eine Verbesserung der Situation zu

Impressum:

Redaktion:

Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:

Hohenzollernstraße 41

66117 Saarbrücken

Telefon: 0681.54552

Fax: 0681.54553

Internet: www.dpolg-saar.de

E-Mail: info@dpolg-saar.de

ISSN 0937-4876



erreichen. Jetzt ist es an den Entscheidern, eine gute Lösung zu finden.

Bei dieser Gelegenheit bat Sascha Alles auch darum zu prüfen, ob im Rahmen der noch ausstehenden **Novellierung des Versorgungsgesetzes** auch die Dienstverrichtung in der Bereitschaftspolizei analog zum Schicht- /Wechselschichtdienst bei der Möglichkeit der Reduzierung der Lebensarbeitszeit aufgenommen werden kann. Gerade die Bereitschaftspolizei wird oftmals als „Feuerwehr“ in der Polizei für akute Situationen, in denen kurzfristig Personal herangezogen werden muss, eingesetzt. Dabei verrichtet sie unter anderem auch Schicht- beziehungsweise Wechselschichtdienste.

Herr Seel wird auch diesen Punkt durch die Fachabteilung

prüfen lassen. Hierbei würde er im positiven Falle aber eher zu einer Stichtags- oder Ex-nunc-Regelung tendieren.

Das nunmehr fünfte Sicherheitspaket wird neben Personal auch eine **Ausstattungsverbesserung** für die Polizei nach sich ziehen. Wir haben uns als DPoLG bereits mehrfach klar für die Neuanschaffung von „echten“ Überziehschutzwesten ausgesprochen und fordern diese für alle Operativ-einheiten.

Daneben haben wir angeregt zu prüfen, ob bei der geplanten Schaffung eines **Einsatztrainingszentrums** in Göttelborn auch eine Schießübungsstätte geplant werden könne. Idealerweise wäre die Anschaffung einer virtuellen Schießtrainingsanlage, wie es sie in Rheinland-Pfalz bereits gibt, wünschenswert.

Hierzu werde es Gespräche mit den Verantwortlichen innerhalb der Abteilung geben, sagte Herr Seel zu.

In Bezug auf die **Fachhochschule** und die nun gestiegene Zahl von Anwärtern/-innen plädieren wir für eine Erhöhung der Zahl der Dozenten und Lehrbeauftragten. In diesem Zusammenhang regte Anne Zeeman von der JUNGEN POLIZEI noch an, dass die Altersbeschränkung zur Teilnahme (aktiv/passiv) an der Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung dringend aufgehoben werden muss, da mittlerweile auch Anwärter jenseits eines Alters von 30 Jahren eingestellt werden.

Die Wiedereinführung der **Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage** wurde ebenso

von uns erneut thematisiert und gefordert. Hierzu wurde die Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer auch bereits angeschrieben.

Am Ende wurde durch Markus Sehn noch auf den Umstand der **Ernennung der Anwärter zum/zur Kommissar/-in** hingewiesen und darum gebeten, diese möglichst frühzeitig, wie bereits in 2016 praktiziert, zu terminieren. Somit stehen die Kollegen/-innen schnell den Dienststellen vollwertig zur Verfügung und auch die Besoldung kann zeitnah angepasst werden.

Hierzu konnte der Leiter Referat D4, Stefan Spaniol, mitteilen, dass dies absehbar so geplant werde.

Fazit: Mal sehen, was jetzt die Prüfungen ergeben. ■

Dienstpistole, Maschinenpistole und Langwaffen – Chancen, Missverständnisse und Lösungsansätze

Ein Kommentar von Patrick Gensheimer

Auszug aus dem Artikel auf Sr.de vom 22. Dezember 2016:

„Das Training an den jeweiligen Waffen erfolge im Rahmen der allgemeinen Schießausbildung. Beamte absolvieren den Angabenzufolge außerdem mehrmals im Jahr Schießfortbildungen auf den beiden polizeieigenen Schießständen in Saarbrücken und Merzig sowie auf einem weiteren angemieteten Schießstand in Bexbach.“

Mit Verwunderung werden viele Kolleginnen und Kollegen auf diese Pressemitteilung des Saarländischen Innenministeriums (Mdl) reagiert haben,

welche das Mdl als eine der Reaktionen auf den Terroranschlag in Berlin veröffentlicht. In dieser wurden die Kollegen darauf hingewiesen, dass sie mehrmals im Jahr eine Schießfortbildung (sowohl mit der Pistole als auch mit der Maschinenpistole) absolvieren würden. Der ein oder andere mag sich bei dieser Nachricht am Kopf gekratzt und sich selbst gefragt haben: „Wann hatte ich zuletzt Zeit, um Schießen zu gehen?“ ...

Entschuldigen Sie die Polemik in den einleitenden Worten, aber auf vielen Polizeiinspektionen war im Jahr 2015 und im Jahr 2016 einfach kaum Zeit,

diese Fortbildungen tatsächlich regelmäßig zu besuchen. In der Regel, mussten statt Fortbildungsveranstaltungen nämlich Ersatzgestellungen und Zusatzdienste verrichtet werden. Dieser Umstand ließ und lässt sich leider derzeit nicht ändern. Um alle Kolleginnen und Kollegen an einer effektiven Waffen- und Geräteausbildung teilhaben zu lassen, wären personelle Reserven notwendig, welche die saarländische Polizei derzeit einfach nicht vorweisen kann. Jeder Beamte, der auf den Polizeiinspektionen oder im Landespolizeipräsidium aufgrund einer Fortbildung (also auch für die Schießausbildung) fehlt, wird schmerzlich vermisst und reißt ein kleines Loch in die jeweilige Organisationseinheit. Noch vor

einigen Jahren, vor der Reform 2020, war dies aufgrund einer komfortableren Personaldecke sehr viel einfacher und vor allem regelmäßiger möglich (meist in den sogenannten Ü-Schichten).

Und hier sind wir wieder bei „DEM“ gewerkschaftlichen Thema der letzten Jahre: dem Personalabbau (auf den aber hier nicht weiter eingegangen werden soll und kann).

Zudem kostet die Schießaus- und Fortbildung Geld. Geld für Schießtrainer, Geld für Munition und Geld für die Instandsetzung und Wartung der Schießstände.

Eines muss jedoch trotz der oben geäußerten Kritik noch erwähnt und klargestellt wer-



den: Die Effektivität und Einsatzreichweite jeder Waffe ist immer begrenzt, nicht jede ist für alle erdenklichen Einsatzsituationen geeignet. Beispielsweise einen bereits fahrenden Lkw mit der Dienstpistole zu stoppen, ist auch mit der besten Schießausbildung schlicht unmöglich. Das Kaliber (9 mm) und die effektive Reichweite der Dienstpistole wären hierfür ungeeignet. Hinzu kommt, dass die bei der Polizei genutzte Munitionsorte ihre Energie sehr viel schneller an das getroffene Objekt abgibt, als das ein normales Vollmantelgeschoss tut, und somit der Einsatzwert gegen Fahrzeuge

noch weiter verringert wird. Auch sogenannte Langwaffen der Bundeswehr, beispielhaft wäre hier das G36 zu nennen, könnten aufgrund der größeren effektiven Reichweite lediglich den Fahrer stoppen, wegen des zu kleinen Kalibers (5,56 mm) den Lkw jedoch ebenfalls nicht.

Die Dienstpistole ist die Standardwaffe der saarländischen Polizei. Diese führt jeder Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin im Dienst einsatzbereit mit sich. Nicht zuletzt einer guten Ausbildung an der Dienstpistole zu Beginn einer jeden Polizeiaufbahn verdan-

ken wir es, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen im Fall eines Falles handlungs- und zielsicher mit ihrer Waffe umgehen können. Eine regelmäßige Fortbildungsmöglichkeit in diesem Bereich muss jedoch zukünftig noch besser gewährleistet werden. Genauso wie eine zeitgemäße und zweckmäßige Ausstattung an Zubehörteilen wie ein Sicherheitsholster, dass die sichere Aufbewahrung und schnelle Einsatzbereitschaft der Pistole garantiert oder ein Reservemagazin, welches den Einsatzwert der Dienstpistole und somit des einzelnen Polizeibeamten in Extremsituationen deutlich erhöhen würde.

Auch eine Fortbildung an der Maschinenpistole (MP) sollte ein regelmäßiger Bestandteil der polizeilichen Fortbildung sein. Um diese Fortbildung besser zu gewährleisten, wären aber ein Personalaufbau und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Schießfortbildung notwendig. Hier wäre zum Beispiel die Schaffung des geplanten neuen Trainingszentrums in Göttelborn eine Mög-

lichkeit, Verbesserungen zu ermöglichen. In Rheinland-Pfalz trainieren die Kollegen/-innen bereits heute in einem virtuellen Schießkino!

Ein großes Manko im Zusammenhang mit der MP sehen wir darin, dass es derzeit in den Streifenwagen immer noch keine geeignete Transportbox gibt, welche als mobiler Waffentresor genutzt werden kann. So muss eine im Fahrzeug mitgeführte MP von den Beamten in einem Einsatz stets getragen werden. Jedoch ist nach unserer Kenntnis hier schon Abhilfe durch neue Metallboxen in Planung. Diese müssen jetzt zeitnah verbaut werden!

Wir halten fest: In der Waffen-ausbildung und -ausstattung ist in den kommenden Jahren noch einiges nachzuholen. Wir danken Minister Bouillon, dass er diese Themen derzeit verstärkt angeht, und sind gerne bereit, auch künftig Vorschläge und Lösungsansätze zu bieten.

Am Ende geht es um die Sicherheit von uns allen! ■

Tarifrunde 2017

Sechs Prozent Gehaltsplus – dbb stellt die Weichen für die Verhandlungen 2017

Die DPoIG stützt die Forderung nach einem deutlichen Lohnplus für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. „Gerade in der Polizei, wo die Tarifeinstufungen eher im unteren Bereich liegen, legen wir besonderen Wert auf eine spürbare Lohnerhöhung“, sagt der Landesvorsitzende Sascha Alles. „Gleichzeitig ist für uns klar, dass die Beamtenbesoldung inhalts- und zeitgleich angehoben werden muss! Mit Blick auf die anstehenden

Wahlen 2017 werden wir deutlich machen, wie wichtig jeder Beschäftigte der Polizei ist!“

Sechs Prozent Einkommensplus lautet die Forderung des dbb für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder. „Die Landesbeschäftigten hinken den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen jetzt schon um rund vier Prozent hinterher“, erklärte dazu der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 14. De-

zember 2016 in Berlin. „Diese wachsende Einkommensschere müssen wir schließen. Spürbare Gehaltszuwächse sind hierbei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch wichtig für die Konkurrenzfähigkeit der Länder auf einem immer umkämpfteren Arbeitsmarkt.“

Die Kernpunkte der dbb Forderung im Überblick:

> **Sechs Prozent Gesamtforderung, darin enthalten:**

- **Mindestbetrag als soziale Komponente**
- **Einführung einer Stufe 6 ab Engeltgruppe 9**
- > **Stufengleiche Höhergruppierung**
- > **Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 90 Euro und des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage**
- > **Übernahme aller Auszubildenden der Länder**
- > **Laufzeit zwölf Monate**
- > **Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeini-**



gung auf die Beamten der Länder und Kommunen

- > Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte (Erhöhung der Angleichungszulage)
- > Weiterentwicklung der Entgeltordnung im Länderbereich

Neben den linearen Forderungen stünden in dieser Einkommensrunde auch wichtige strukturelle Entscheidungen an, betonte Willi Russ, der Zweite Vorsitzende und Ver-

handlungsführer des dbb: „Wir fordern die stufengleiche Höhergruppierung und die durchgehende Einführung einer Stufe 6 in der Tabelle. Außerdem verlangt der dbb eine deutliche Erhöhung der Angleichungszulage in der Lehrerentgeltordnung. Das ist die logische Konsequenz aus unserer Einigung mit der TdL vor zwei Jahren und der nächste Schritt auf dem Weg zur Herstellung der Paralleltabelle und zu einer gerechteren Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern.“

Hintergrund

Am 18. Januar 2017 starten die Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), von denen mehr als drei Millionen Beschäftigte betroffen sind: Eine Million Tarifbeschäftigte der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – ist), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in

Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Weitere Verhandlungstermine wurden für den 30. Januar 2017 (Potsdam) und 16. Februar 2017 (Potsdam) verabredet.

Weitere Informationen und Hintergründe: www.dbb.de/einkommensrunde2017.

> DPoIG Mitgliedschaft

Wir möchten an dieser Stelle unseren vielen Mitgliedern, die bereits seit über 30 Jahre der DPoIG die Treue halten, unseren Dank aussprechen! Gerade in der heutigen Zeit ist es etwas Besonderes, wenn man sich so viele Jahre zu "seiner" Gewerkschaft bekennt.

Wir sind daher froh und stolz, dass ihr uns treu seid:

Altmeyer, Berthold	Lassotta, Uwe
Andres, Jürgen	Mailänder, Manfred
Anton, Walter	Malter, Stefan
Bach, Otmar	Morbacher, Karlheinz
Barth, Uwe	Müller, Stefan
Beck, Frank	Nerschbach, Albert
Becker, Karl-Heinz	Omlor, Michael
Bier, Hermann	Oswald, Hartmut
Blass, Karl-Heinrich	Penner, Albert
Britz, Horst	Post, Ralph
Buschauer, Uwe	Raubuch, Herbert
Christmann, Michael	Reinardt, Dietmar
Conrad, Ernst	Schach, Rolf Dieter
Dietz, Alice	Schäfer, Karl-Josef
Dinger, Hans Peter	Schmidt, Hans-Jürgen
Dörr, Horst	Schneider, Hanno
Feuersänger, Dietmar	Scholer, Joachim
Fischer, Karl-Heinz	Schorr, Heribert
Frei, Hugo	Schwarz, Heinrich
Fries, Horst-Dieter	Schwegel, Walter
Fuchs, Markus	Spanier, Rainer
Gerhard, Schneider	Theobald, Martin
Glandien, Karl	Utzig, Michael
Gleser, Horst	Vester, Thomas
Groß, Jörg	Walle, Norbert
Hautz, Jürgen	Weis, Heinz
Haygis, Wolfgang	Welsch, Hugo
Herrmann, Markus	Weyer, Reiner
Hinz, Ehrenfried	Wirtz, Gerhard
Hund, Werner	Wolter, Mario
Jolas, Roland	Wunn, Karl-Hermann
Klüsener, Diethelm	
Konradi, Gerhard	Wir hoffen, niemanden
Kopischke, Therese	vergessen zu haben, und
Krächan, Hermann	freuen uns auf die nächsten
Lassotta, Stephan	Jahre mit euch!

> Wir gratulieren ...

... zum Geburtstag in den Monaten Januar und Februar

Ehrenfried Hinz (72)	Hans-Dieter Dörrenbächer (71)
Siegmond Rau (66)	Peter Willberger (50)
Joachim Hoffmann (50)	Hermann Krächan (61)
Hans-Werner Hölscher (73)	Vanessa Reiser (30)
Otmar Bach (81)	Mario Wolter (60)
Karl-Hermann Wunn (66)	

Wir wünschen vor allem Gesundheit!

> 16. Landesdelegiertentag des DPoIG-LV Saarland

„In Freiheit und Sicherheit leben!“

Am 16. März 2017 findet der nächste Landesdelegiertentag der DPoIG im Saarland statt.

Hierzu werden viele Delegierte und Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens erwartet. Dieser Termin ist gerade mit Blick auf die im Frühjahr stattfindenden Personalratswahlen sehr spannend. Denn die Delegierten werden nicht nur einen neuen Landesvorstand wählen, sondern auch das gewerkschaftliche Programm für die nächsten vier Jahre mitbestimmen.

Wir erwarten aufgrund der ebenfalls im März vorgesehenen Landtagswahlen viel Resonanz aus der Politik und den Medien. Daher dürfen wir alle gespannt auf unseren Delegiertentag blicken. Gerade die Einsparungen in der Polizei und die damit verbundenen Änderungen in der Organisation werden sicher kritisch beleuchtet und es stellt sich die Frage, wie sich die Politik in diesen Punkten aufstellt.

Wir werden unseren konstruktiv-kritischen Dialog auf jeden Fall fortsetzen.

Für eine starke Polizei!